

- ENTWURF -

Gesellschaftsvertrag

der Firma

„Magdeburger Hafen GmbH“

mit Sitz in Magdeburg

- § 1: Firma, Sitz
- § 2: Gegenstand des Unternehmens
- § 3: Geschäftsjahr, Dauer der Gesellschaft
- § 4: Bekanntmachungen
- § 5: Stammkapital, Stammeinlagen
- § 6: Organe der Gesellschaft
- § 7: **Geschäftsführung**, Vertretung
- § 8: Geschäftsführung
- § 9: Aufsichtsrat
- § 10: Gesellschafterversammlung
- § 11: Gesellschafterbeschlüsse
- § 12: Jahresabschluss
- § 13: Recht auf Einsichtnahme
- § 14: Wirtschaftsplan
- § 15: Verfügung über Geschäftsanteile
- § 16: Auflösung der Gesellschaft
- § 17: Salvatorische Klausel

§ 1

Firma, Sitz

1. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma "Magdeburger Hafen GmbH"
2. Sitz der Gesellschaft ist Magdeburg.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens sind der Betrieb (einschließlich Umschlag), die Verwaltung und der Ausbau von Häfen, die Entwicklung von Flächen und Lager- und Umschlagsanlagen für die Ansiedlung **produzierender und** logistikaffiner Unternehmen, einschließlich aller Nebenanlagen und Bahnanlagen, die Förderung der Hafenentwicklung und der Binnenschifffahrt sowie alle jeweils damit zusammenhängenden Geschäfte.
2. Die Gesellschaft kann im Einklang mit § 128 KVG LSA darüber hinaus alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Tochterunternehmen zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes gründen und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen und Kooperationen eingehen. Die Gründung von Tochtergesellschaften oder die Beteiligung an weiteren Gesellschaften kann jedoch nur mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung und aufgrund eines Stadtratsbeschlusses erfolgen.

§ 3

Geschäftsjahr, Dauer der Gesellschaft

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

§ 4

Bekanntmachungen

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen ausschließlich im elektronischen Bundesanzeiger für die Bundesrepublik Deutschland.

§ 5

Stammkapital, Stammeinlagen

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1.418.350,-- EUR (i. W.: eine Million vierhundertachtzehntausenddreihundertfünfzig Euro).
2. Am Stammkapital sind beteiligt:
 - a) die Landeshauptstadt Magdeburg mit einem Geschäftsanteil zum Nennbetrag von 1.276.515,00 EUR (eine Million zweihundertsechundsiebzigttausendfünfhundertfünfzehn 00/100 Euro),
 - b) Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (SWM) mit einem Geschäftsanteil zum Nennbetrag von EUR 141.835,00 (einhunderteinundvierzigtausendachthundertfünfunddreißig 00/100 Euro).
3. Die Leistungen auf die Stammeinlagen sind in voller Höhe erbracht.

§ 6

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind

1. die Geschäftsführung,
2. der Aufsichtsrat,
3. die Gesellschafterversammlung.

§ 7

Geschäftsführung, Vertretung

1. Die Geschäftsführung der Gesellschaft besteht aus einer oder mehreren Personen. Ist nur eine Person zur Geschäftsführung bestellt, so vertritt diese die Gesellschaft allein. Sind zwei oder mehrere Personen zur Geschäftsführung bestellt, wird die Gesellschaft gemeinschaftlich durch zwei Mitglieder der Geschäftsführung oder durch ein Mitglied der Geschäftsführung gemeinschaftlich mit einer Person mit Prokura vertreten.
2. Die Mitglieder der Geschäftsführung werden durch die Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt auf höchstens fünf Jahre. Rechtzeitig vor Ablauf der Bestellung ist eine Beschlussfassung über eine Neu- oder Weiterbestellung herbeizuführen. Ist nur eine Person zur Geschäftsführung bestellt, bleibt diese über die Fünf-Jahres-Frist hinaus bis zur Neubestellung im Amt.
3. Bei Abschluss, Änderung oder Beendigung von Anstellungsverträgen mit Mitgliedern der Geschäftsführung wird die Gesellschaft durch die Person des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Magdeburg vertreten.

4. Die Gesellschafterversammlung kann einzelne Mitglieder der Geschäftsführung zur Alleinvertretung ermächtigen und/oder sie von den Beschränkungen des § 181 BGB ganz oder teilweise befreien.

§ 8 Geschäftsführung

1. Die Mitglieder der Geschäftsführung sind verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Gesetz, diesem Gesellschaftsvertrag sowie den Weisungen und Beschlüssen der Gesellschafterversammlung und den Beschlüssen des Aufsichtsrats zu führen.
2. Mehrere Mitglieder der Geschäftsführung sind - unbeschadet ihrer Vertretungsmacht nach außen - nur gemeinschaftlich zur Geschäftsführung befugt. Die Geschäftsführung hat sich eine Geschäftsordnung zu geben, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedarf.
3. Die Geschäftsführungsbefugnis erstreckt sich auf alle Maßnahmen, die der gewöhnliche Geschäftsbetrieb der Gesellschaft mit sich bringt und die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks dienlich erscheinen.

Die folgenden Geschäfte bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats:

- a) Durchführung von Investitionen (auch auf Leasingbasis) soweit die Anschaffungs- oder Herstellungskosten die im genehmigten Wirtschaftsplan (einschl. Investitions- oder Finanzplanung) festgelegten Werte überschreiten oder von solchen Investitionen, die im Wirtschaftsplan nicht enthalten sind,
- b) Abschluss, Änderung oder Beendigung von Miet-, Pacht-, Lizenz- und sonstigen Verträgen mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als einem Jahr oder einer Jahresmiete oder -pacht von mehr als 50 Tsd. EUR netto, sofern die Gesellschaft in diesen Verträgen die Stellung eines Mieters, Pächters o.ä. einnimmt,
- c) Abschluss, Änderung oder Beendigung von Miet-, Pacht-, Lizenz- und sonstigen Verträgen mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als fünf Jahren oder einer Jahresmiete oder -pacht von mehr als 100 Tsd. EUR netto, sofern die Gesellschaft in diesen Verträgen die Stellung eines Vermieters, Verpächters o.ä. einnimmt,
- d) Bestellung und Abberufung von Personen mit Prokura oder General- und Handlungsvollmacht sowie Abschluss, Änderung oder Auflösung der mit diesen zu schließenden Dienstverträge,
- e) Abschluss, Änderung und einvernehmliche Aufhebung von Beratungs- und Dienstleistungsverträgen, sofern die Auftragssummen 50 Tsd. EUR netto oder bei jahresübergreifender und/oder wiederholter Beauftragung insgesamt 50 Tsd. EUR netto übersteigen oder durch eine Änderung übersteigen würden oder mit einer längeren Kündigungsfrist als sechs Monaten,
- f) Vereinbarungen über Altersversorgungen, Gewinnbeteiligungen oder sonstige Zuwendungen an Belegschaftsmitglieder, mit Ausnahme der üblichen Gratifikationen sowie des Urlaubsgeldes,
- g) Übernahme von Bürgschaften, Abgabe von Patronatserklärungen oder Garantieverprechen, soweit diese nicht zum üblichen Geschäftsverkehr gehören sowie die Übernahme der dinglichen Haftung für fremde Verbindlichkeiten,

- h) Aufnahme von langfristigen Krediten, sowie von solchen, durch die die im genehmigten Wirtschaftsplan festgelegten Kreditlinien überschritten werden und entsprechende Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung,
- i) Einleitung von Aktivprozessen mit einem Streitwert von mehr als 100 Tsd. EUR **netto**, Abschluss von Vergleichen oder Erlass von Forderungen, soweit dies außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs geschieht,
- j) Erwerb, Belastung oder Veräußerung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten sowie die Errichtung von Gebäuden. Wenn diese Geschäfte von wesentlicher Bedeutung für die Gesellschaft sind oder die Interessen der Landeshauptstadt Magdeburg berührt werden, hat der Aufsichtsrat unabhängig von festgelegten Wertgrenzen darüber zu beraten und eine Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung zu geben,
- k) Gewährung von Darlehen,
- l) Wahrnehmung der Gesellschafterrechte bei Beteiligungsunternehmen,
- m) Auswahl des Abschlussprüfers und Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung sowie Erteilung des Prüfauftrages an den von der Gesellschafterversammlung gewählten Abschlussprüfer,
- n) Beratung des Wirtschaftsplans und der mittelfristigen Planung und Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung,
- o) Beratung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes und Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung über die Feststellung des Jahresergebnisses und die Ergebnisverwendung,
- p) Vornahme von jeglichen Geschäften, Handlungen oder Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen oder die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind.

Der Aufsichtsrat kann die Zustimmung für bestimmte Arten von Geschäften im Voraus erteilen, weitere Geschäftsführungsmaßnahmen seiner Zustimmung vorbehalten und die **Mitglieder der Geschäftsführung** von den Beschränkungen ganz oder teilweise befreien.

§ 9 Aufsichtsrat

1. Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus 4 Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden unter Berücksichtigung des § 131 Abs. 3 KVG LSA entsandt. **Die Person des** Oberbürgermeisters entsendet das erste, der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg zwei weitere Aufsichtsratsmitglieder, **die dem Stadtrat angehören müssen**. Das vierte Mitglied wird von der SWM in den Aufsichtsrat entsandt. In den Aufsichtsrat kann nur entsandt werden, wer in keinem unmittelbaren oder mittelbaren Wettbewerbsverhältnis zur Gesellschaft steht und wer kein eigenes wirtschaftliches Interesse am Geschäftszweck der Gesellschaft hat, es sei denn, der Stadtrat beschließt ein anderes.

Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

2. Entsandte Aufsichtsratsmitglieder können von dem Entsendenden jederzeit abberufen werden, wenn zugleich ein anderes Aufsichtsratsmitglied entsandt wird.

Aufsichtsratsmitglieder sind berechtigt, durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft jederzeit - auch ohne wichtigen Grund - ihr Amt mit sofortiger Wirkung niederzulegen.

3. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte **eine Person zum Vorsitzenden** und **eine Person zum Stellvertreter**. Scheidet **eine von beiden** aus welchen Gründen auch immer aus dem Aufsichtsrat aus, ist unverzüglich, jedoch spätestens in der nächsten Sitzung eine Ersatzwahl für **die Person des Vorsitzenden** und **die Person des Stellvertreters** durchzuführen.
4. Der Aufsichtsrat wird durch **die Person des Vorsitzenden** oder im Fall **der Verhinderung** durch **die Person des Stellvertreters** einberufen. Die Einberufung erfolgt schriftlich an jedes Aufsichtsratsmitglied unter Angabe von Ort, Tag und Zeit mit einer Frist von zwei Wochen. Der Einladung sind die Tagesordnung, die Beschlussvorschläge und die relevanten Unterlagen beizufügen. Tischvorlagen sind nur in begründeten Ausnahmen möglich. Auf die Einhaltung der Ladungsfrist kann verzichtet werden, wenn alle Aufsichtsratsmitglieder dem zustimmen. **Die Einberufung und die Zusendung aller relevanten Unterlagen können auch in elektronischer Form erfolgen.**

Jedes Aufsichtsratsmitglied und **jedes Mitglied der Geschäftsführung** kann unter Angabe der Beschlussgegenstände die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Aufsichtsrates verlangen, hierbei ist eine Ladungsfrist von mindestens einer Woche einzuhalten.

5. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder an der Beschlussfassung teilnimmt. Ist der Aufsichtsrat danach beschlussunfähig, so hat binnen zwei Wochen eine weitere Sitzung des Aufsichtsrats stattzufinden, die ohne weiteres beschlussfähig ist. In der Einladung zu dieser Sitzung ist darauf hinzuweisen, dass der Aufsichtsrat in jedem Fall beschlussfähig sein wird.
6. Aufsichtsratsbeschlüsse bedürfen der einfachen Mehrheit, bei Stimmgleichheit entscheidet die **Stimme der Person** des Aufsichtsratsvorsitzenden, bei dessen Verhinderung die **Stimme der mit der Stellvertretung beauftragten Person**.

Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben durch andere Aufsichtsratsmitglieder überreichen lassen.

Aufsichtsratsbeschlüsse können auch – soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorsieht – schriftlich, fernschriftlich **oder auf elektronischem Wege** gefasst werden, wenn alle Aufsichtsratsmitglieder mit diesem Verfahren einverstanden sind. Diese Abstimmungen werden von **der Person des Aufsichtsratsvorsitzenden** oder **im Verhinderungsfalle von der Person des Stellvertreters** herbeigeführt. Das Abstimmungsergebnis ist der Geschäftsführung, allen Aufsichtsratsmitgliedern und der Beteiligungsverwaltung innerhalb einer Frist von zwei Wochen vom Aufsichtsratsvorsitzenden oder im Verhinderungsfalle **von der Person des Stellvertreters** schriftlich, **fernschriftlich oder auf elektronischem Wege** mitzuteilen.

7. Der Aufsichtsrat überwacht und berät die Geschäftsführung. Er ist zuständig für alle Maßnahmen und Beschlüsse, die nach Maßgabe dieses Vertrages in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, also insbesondere die Maßnahmen nach § 8 Abs. 3 dieses Vertrages.
8. Die Geschäftsführung hat grundsätzlich, soweit nicht die Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder dem ausdrücklich widerspricht, an den Aufsichtsratssitzungen teilzunehmen. Jedes Aufsichtsratsmitglied kann den Ausschluss der Geschäftsführung von der Teilnahme an einzelnen Tagesordnungspunkten, insbesondere bei Personalangelegenheiten, verlangen. Die Teilnahme sonstiger Dritter kann nur mit Einverständnis aller Aufsichtsratsmitglieder erfolgen.
9. Der Aufsichtsrat sollte mindestens vier Mal pro Jahr tagen. Über die Sitzungen sind Niederschriften anzufertigen, die vom [Protokollführenden und von der Person, die die Sitzung leitet](#) zu unterzeichnen und jedem Aufsichtsratsmitglied sowie der Beteiligungsverwaltung innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Sitzung zu übersenden sind. [Der Versand der Niederschriften kann auch in elektronischer Form erfolgen.](#)
10. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzulegen ist.

§ 10

Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung besteht aus [jeweils einer Person](#) von jedem Gesellschafter. [Die Person des Oberbürgermeisters](#) vertritt die Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 131 Abs. 1 KVG LSA in der Gesellschafterversammlung. [Die Person des Oberbürgermeisters kann eine bei der Landeshauptstadt Magdeburg beschäftigte Person mit ihrer Vertretung beauftragen.](#)
2. Die Sitzungen der Gesellschafterversammlung werden durch die Geschäftsführung in Abstimmung mit [der Person des Vorsitzführenden](#) der Gesellschafterversammlung und [der Person des Aufsichtsratsvorsitzenden](#) mindestens einmal im Jahr zur Feststellung des Jahresabschlusses und Herbeiführung des Ergebnisverwendungsbeschlusses der Gesellschaft, zur Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates einberufen. Die vorgenannten Beschlussfassungen sollen jeweils bis zum 31. August des Folgejahres erfolgen. Im Übrigen ist eine Sitzung der Gesellschafterversammlung stets dann einzuberufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.
3. Die Einberufung erfolgt schriftlich an [jedes Mitglied der Gesellschafterversammlung](#) unter Angabe von Ort, Tag und Zeit mit einer Frist von vier Wochen. Der Einladung sind die Tagesordnung, die Beschlussvorschläge und die relevanten Beratungsunterlagen beizufügen. [Die Einberufung und die Zusendung der relevanten Unterlagen können auch in elektronischer Form erfolgen.](#)

4. Eine ordnungsgemäß einberufene Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn **jeder Gesellschafter vertreten ist**. Ist die Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, ist wiederholt eine Gesellschafterversammlung unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist in jedem Falle beschlussfähig, auch wenn die vorstehend genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Sind sämtliche **Mitglieder der Gesellschafterversammlung** anwesend und mit der Beschlussfassung einverstanden, so können Beschlüsse auch gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Vorschriften nicht eingehalten worden sind.

5. Jedes Organ der Gesellschaft kann unter Angabe der Beschlussgegenstände die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Gesellschafterversammlung verlangen, hierbei ist eine Einladungsfrist von mindestens einer Woche einzuhalten.
6. Die Geschäftsführung und **die Person des Aufsichtsratsvorsitzenden** sollten grundsätzlich, soweit kein **Mitglied der Gesellschafterversammlung** im Einzelfall dem ausdrücklich widerspricht, an den Sitzungen der Gesellschafterversammlung teilnehmen. Die Teilnahme von sonstigen Mitgliedern des Aufsichtsrates sowie sonstiger Dritter kann nur mit Einverständnis aller anwesenden **Mitglieder der Gesellschafterversammlung** erfolgen.
7. Soweit über die Verhandlungen der Gesellschafterversammlung nicht eine notarielle Urkunde aufgenommen wird, ist über den Verlauf der Versammlung eine Niederschrift anzufertigen, die vom Protokollführenden und dem Vorsitzführenden der Gesellschafterversammlung zu unterzeichnen und **jedem Mitglied der Gesellschafterversammlung** sowie der Beteiligungsverwaltung innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Versammlung zu übersenden ist. **Der Versand des Protokolls kann auch in elektronischer Form erfolgen**.
8. Die **Person des Oberbürgermeisters** oder **die durch die Person des Oberbürgermeisters entsandte Person** führt den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung.

§ 11

Gesellschafterbeschlüsse

1. Die **Gesellschafterbeschlüsse** werden in Versammlungen gefasst. Ein Gesellschafter kann seine Stimmrechte nur einheitlich ausüben. Bei der Ausübung des Stimmrechts unterliegen die **Mitglieder der Gesellschafterversammlung** der Landeshauptstadt Magdeburg den Weisungen des Stadtrates. Vor Beschlussfassung ist durch **das städtische Mitglied der Gesellschafterversammlung** Vertreter zu prüfen, ob für den jeweils zu fassenden Beschluss eine konkrete Weisung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg vorliegt oder der Beschluss dem Weisungsrecht des Stadtrates unterliegt.

Gesellschafterbeschlüsse bedürfen der einfachen Mehrheit, es sei denn, das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag sehen, insbesondere bei Beteiligungsunternehmen, im Einzelfall eine größere Mehrheit vor.

Gesellschafterbeschlüsse können auch - soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorsieht – schriftlich, fernschriftlich **oder auf elektronischem Wege** gefasst werden, sofern sich **jedes Mitglied der** Gesellschafterversammlung an der Beschlussfassung beteiligt. Über derartige Beschlüsse ist ein Protokoll zu fertigen, das **von der Person** des Vorsitzführenden der Gesellschafterversammlung zu unterzeichnen und an **jedes Mitglied der Gesellschafterversammlung** und die Beteiligungsverwaltung innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Beschlussfassung zu übersenden ist. **Der Versand des Protokolls kann auch in elektronischer Form erfolgen.**

2. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung können von den Gesellschaftern nur innerhalb einer Frist von einem Monat seit der Beschlussfassung angefochten werden.

Die Anfechtungsfrist beginnt

- a) bei Beschlüssen in einer Gesellschafterversammlung mit dem der Versammlung folgenden Tag,
- b) bei schriftlichen, fernschriftlichen **und auf elektronischem Weg übersandten** Beschlüssen mit Ablauf des dritten Tages, der der Absendung **durch die Person** des vom Vorsitzführenden der Gesellschafterversammlung unterzeichneten Protokolls folgt.

Die Anfechtungsfrist ist nur gewahrt, wenn innerhalb der Frist das zuständige Gericht angerufen wird.

3. Neben den in § 46 GmbHG aufgezählten Beschlusszuständigkeiten hat die Gesellschafterversammlung zu beschließen über
 - a) Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
 - b) Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz und Auflösung der Gesellschaft,
 - c) Zustimmung zur Verfügung über Geschäftsanteile gemäß § 15,
 - d) Veräußerung des Unternehmens oder von wesentlichen Teilen sowie Aufnahme neuer bzw. Aufgabe bestehender Geschäftszweige,
 - e) Erwerb und Veräußerung sowie Verfügungen über Beteiligungen an anderen Unternehmen, ferner Abschluss, Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen,
 - f) Bestellung und Abberufung von **Mitgliedern der Geschäftsführung**,
 - g) Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen die Geschäftsführung oder andere Gesellschafter,
 - h) Errichtung oder Aufgabe von Zweigniederlassungen,
 - i) Erwerb, Belastung oder Veräußerung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten sowie die Errichtung von Gebäuden, wenn dies von wesentlicher Bedeutung für die Gesellschaft ist oder die Interessen der Landeshauptstadt Magdeburg berührt auf entsprechende Beschlussempfehlung des Aufsichtsrats,
 - j) Aufnahme von langfristigen Krediten, sowie von solchen, durch die die im genehmigten Wirtschaftsplan festgelegten Kreditlinien überschritten werden,
 - k) Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage,

- l) Verträge der Gesellschaft mit **Mitgliedern der Gesellschafterversammlung**, Aufsichtsratsmitgliedern und **Mitgliedern der Geschäftsführung** oder ihnen nahestehenden Personen,
- m) Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses,
- n) Entlastung der Geschäftsführung und der Mitglieder des Aufsichtsrates,
- o) Bestellung des Abschlussprüfers auf Beschlussempfehlung des Aufsichtsrates,
- p) Genehmigung des Wirtschaftsplanes und Kenntnisnahme der mittelfristigen Planung nach vorheriger Beratung und Beschlussempfehlung durch den Aufsichtsrat.

Die unter a bis g aufgeführten Beschlussgegenstände können nur mit einer Mehrheit von 95 % beschlossen werden.

§ 12 Jahresabschluss

1. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und den Lagebericht für das abgelaufene Geschäftsjahr in den ersten drei Monaten des Folgejahres aufzustellen. Für die Aufstellung gelten, unabhängig von der tatsächlichen Größenklasse, die Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften.
2. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind unverzüglich nach Aufstellung dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Die Prüfung ist entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Bestimmungen durchzuführen und ist um die Prüfung der Vorschriften des § 53 Abs.1 und 2 HGrG zu erweitern. Der Prüfbericht des Abschlussprüfers hat einen separaten Erläuterungsteil zu beinhalten.
3. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach Vorlage des Prüfberichtes dem Aufsichtsrat vorzulegen. Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Die Beschlussempfehlung des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss und zum Lagebericht und der Bericht des Aufsichtsrates an die Gesellschafter sollte bis zum 30. Juni des Folgejahres erfolgen. Die Gesellschaft hat keine Gewinnerzielungsabsicht; ggf. erwirtschaftete Überschüsse werden nicht ausgeschüttet, sondern ausschließlich zur Reinvestition in die Infrastruktur im Hafengebiet verwendet. Die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung sollte bis zum 31.08. des Folgejahres erfolgen.
4. Die Geschäftsführung hat den Prüfbericht des Abschlussprüfers unmittelbar nach Erhalt der Beteiligungsverwaltung unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.
5. Der Beschluss der Gesellschafterversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses ist zusammen mit dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie der beschlossenen Verwendung des Jahresergebnisses unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten der Gesellschaft durch die Verwaltung auf der Grundlage des § 133 Abs. 1 KVG LSA ortsüblich bekannt zu machen.

§ 13

Recht auf Einsichtnahme

1. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist befugt, durch Beauftragte Einsicht in den Betrieb sowie in die Bücher und Schriften der Gesellschaft zu nehmen; ferner stehen ihr die Befugnisse nach § 53 HGrG zu.
2. Das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg hat die Befugnisse aus § 54 HGrG.
3. Den für die Landeshauptstadt Magdeburg zuständigen Prüfungseinrichtungen werden gemäß § 140 Abs. 3 KVG LSA die in § 54 HGrG vorgesehenen Befugnisse eingeräumt.
4. Die vorstehend genannten Befugnisse bestehen unabhängig von der Höhe der Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg an der Gesellschaft.

§ 14

Wirtschaftsplan

1. Die Geschäftsführung hat rechtzeitig vor Beginn eines Geschäftsjahres einen Wirtschaftsplan für das nachfolgende Jahr aufzustellen. Der Wirtschaftsplan besteht aus einem Erfolgs-, einem Investitions- und einem Finanzplan sowie einer Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan ist eine vierjährige Wirtschaftsplanung (mittelfristige Planung) zugrunde zu legen. Der Wirtschaftsplan und die mittelfristige Planung sind dem Aufsichtsrat unverzüglich zur Prüfung vorzulegen.
2. Die Gesellschafterversammlung hat rechtzeitig vor Beginn des Wirtschaftsjahres den Wirtschaftsplan zu beschließen und die mittelfristige Planung zur Kenntnis zu nehmen.

§ 15

Verfügung über Geschäftsanteile

1. Bei der Durchführung von Kapitalerhöhungen hat jeder Gesellschafter ein Bezugsrecht auf Übernahme einer neuen Stammeinlage entsprechend seiner Beteiligung am Stammkapital. Hiervon abweichende Kapitalerhöhungsbeschlüsse bedürfen der Zustimmung aller Gesellschafter.
2. Die Verfügung über Geschäftsanteile oder über Teile von Geschäftsanteilen, insbesondere deren Veräußerung oder Verpfändung ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Gesellschaft zulässig. Die Zustimmung darf nur nach vorheriger Zustimmung der Gesellschafterversammlung erteilt werden. Dasselbe gilt für die Bestellung eines Nießbrauchs an einem Geschäftsanteil. Das Zustimmungserfordernis nach den Sätzen 1 bis 3 entfällt:

- a) Wenn ein Gesellschafter sein Ankaufsrecht gemäß den nachstehenden Bestimmungen ausübt oder
 - b) Ankaufsrechte nicht oder nicht fristgerecht ausgeübt werden oder
 - c) Teile eines Geschäftsanteils an einen anderen Gesellschafter unter Beachtung des nachstehenden Ankaufsrechts veräußert werden.
3. Beabsichtigt ein Gesellschafter einen Geschäftsanteil oder Teile eines Geschäftsanteils zu veräußern, so sind die übrigen Gesellschafter im Verhältnis ihrer Beteiligungen ankaufsberechtigt (Ankaufsrecht). Übt ein Ankaufsberechtigter sein Ankaufsrecht nicht aus, so steht es den weiteren Gesellschaftern zu. Die Veräußerungsabsicht hat der Gesellschafter den übrigen Gesellschaftern schriftlich mitzuteilen.
 4. Die Ankaufsberechtigten haben bis zum Ablauf eines Monats seit Zugang der Mitteilung zu erklären, ob sie Interesse an der Ausübung ihres Anteilsrechtes haben, nach Fristablauf erlischt das Ankaufsrecht. Der Kaufpreis für den (Teil-) Geschäftsanteil ermittelt sich nach dem Verkehrswert der Sacheinlagen bzw. dem Nominalwert der Bareinlagen, sofern diese durch den Verkäufer als Bareinlagen tatsächlich geleistet worden sind. Insoweit ist SWM verpflichtet, ihren Anteil zu dem gleichen Kaufpreis zu verkaufen, den sie selber für den Anteilserwerb bezahlt hat. Bei Ausübung des Ankaufsrechts ist unverzüglich ein Geschäftsanteilskauf- und –abtretungsvertrag abzuschließen. Die Kosten der Bewertung und des Kaufvertrages tragen vorbehaltlich gesonderter abweichender Regelungen die beteiligten Gesellschafter zu gleichen Teilen.
 5. Jeder Ankaufsberechtigte kann sein Ankaufsrecht hinsichtlich des ihm zustehenden Teils des zur Veräußerung anstehenden Geschäftsanteils oder Teil eines Geschäftsanteils allein geltend machen. Nicht teilbare Spitzenbeträge stehen demjenigen zu, der sein Kaufinteresse als erster erklärt hat.
 6. Werden Ankaufsrechte nicht ausgeübt, so kann der veräußerungswillige Gesellschafter den angebotenen Geschäftsanteil oder Teil des Geschäftsanteils innerhalb eines Jahres seit Zugang der Mitteilung nach Abs. 3 Satz 3 frei veräußern.
 7. Gleichzeitig sind damit verbunden die entsprechenden kommunalrechtlichen Bestimmungen und Regularien gemäß §§ 128 – 135 KVG LSA zu beachten.

§ 16

Auflösung der Gesellschaft

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Liquidation durch [die Mitglieder der Geschäftsführung](#), sofern nicht durch Gesellschafterbeschluss andere [Personen als Liquidatoren](#) bestellt werden.

§ 17**Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein, wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrages insgesamt nicht berührt. Vielmehr ist statt der unwirksamen Bestimmung eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, die den mit der unwirksamen Bestimmung bezweckten Erfolg ebenfalls herbeizuführen geeignet ist. Gleiches gilt für den Fall, dass sich eine Regelungslücke herausstellt.